

8. Juni 2012

PRESSEMITTEILUNG

Gemeinsamer Appell des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma und der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gegen Diskriminierung

Christine Lüders und Romani Rose würdigen beispielhaftes Roma-Projekt in Berlin-Neukölln

Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders, und der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, haben stärkere Anstrengungen im Kampf gegen die Diskriminierung von Sinti und Roma angemahnt. „Diskriminierungen gegen Sinti und Roma treffen die gesamte Gesellschaft und dürfen nicht toleriert werden“, sagten Rose und Lüders bei der gemeinsamen Eröffnung einer Beratungsstelle für Mieterinnen und Mieter des katholischen Roma-Wohnprojekts in der Harzer Straße. Die Beratungsstelle des bundesweit einmaligen Projekts bietet den überwiegend aus Rumänien stammenden Mietern Sprachkurse an und hilft ihnen beim Kontakt mit Behörden.

Lüders und Rose lobten das katholische Wohnprojekt in Berlin-Neukölln als „bundesweit beispielhaft“ im Kampf gegen Diskriminierung: „Es entzieht Vorurteilen ihre Grundlage und ermöglicht den Menschen eine bessere Integration“. Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt sei die Situation für viele Angehörige der Minderheit aber nach wie vor katastrophal. „Wer bei einer Bewerbung offen erklärt, Angehöriger der Sinti oder Roma zu sein, hat bei der Arbeitssuche mit großer Wahrscheinlichkeit schlechte Chancen“, sagte Rose.

Rose und Lüders unterstützen darüber hinaus die Forderung der EU-Menschenrechtsagentur nach einem Aktionsprogramm für die Chancengleichheit in der Ausbildung von Sinti und Roma. Ein solcher Aktionsplan sei „überfällig“, um die Zukunftschancen junger Sinti und Roma zu verbessern, sagte Lüders. Auch sei es absolut notwendig, dass die Bundesregierung die vom Zentralrat im Zusammenhang mit der Rahmenstrategie der Europäischen Union geforderten Maßnahmen für die gleichberechtigte Teilhabe der deutschen Sinti und Roma und die Verbesserung der Lage der aus Osteuropa gekommenen Roma-Flüchtlinge verwirklicht.

Einem kürzlich von der EU-Menschenrechtsagentur veröffentlichten Bericht zufolge werden Sinti und Roma in der EU nach wie vor diskriminiert und leben unter deutlich schlechteren Bedingungen als ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger. Etwa jeder zweite Betroffene gab an, er sei im Laufe des zurückliegenden Jahres Opfer von ethnisch motivierten Diskriminierungen geworden. Der EU-Agentur zufolge leben in den 27 EU-Staaten zwischen zehn und zwölf Millionen Sinti und Roma. Sie bilden damit die größte ethnische Minderheit in der EU.

Jara Kehl
jara.kehl@sintiundroma.de